

Sie helfen Betroffenen des Strukturwandels

Um Strukturwandel kümmern sich viele Stellen - nun noch das Revierwende-Büro. Um eine Lücke zu schließen, sagen dessen Leiter.

Katrin Treffkorn und Marco Schmidt haben einen neuen Job. Beide sind in Görlitz recht bekannt. Katrin Treffkorn arbeitete lange an der Hochschule Zittau-Görlitz, ist Vorstand im Görlitzer SPD-Ortsverband. Der Weißwasseraner Marko Schmidt trat im Bundestagswahlkampf 2021 für die Linkspartei als Direktkandidat an, war zeitweise Kreisgeschäftsführer der Partei. Beide teilen sich nun ein Büro auf der Bautzener Straße in Görlitz, das Revierwende-Büro. Es geht um den Strukturwandel.

Um den kümmern sich viele Stellen. Dennoch brauche es ein weiteres Büro, sagen Katrin Treffkorn und Marko Schmidt. "Wir wollen eine Lücke füllen, die Perspektive der Beschäftigten." Die "Revierwende" ist ein bundesweites Projekt, initiiert vom Deutschen Gewerkschaftsbund. Sechs Büros gibt es als Anlaufpunkte für Arbeitnehmer und Betriebsräte in den betroffenen Regionen, schildert Dana Dubil vom DGB Ostsachsen. Dabei gehe es nicht nur um Beschäftigte in der Kohle, "sondern die vielen Veränderungen betreffen fast alle Branchen". Ziel sei, Netzwerke unter Arbeitnehmern und zu den anderen Akteuren im Strukturwandel aufzubauen und darüber ihre Vorstellungen einzubringen. Und es geht um Beratung für Arbeitnehmer. Wie kann man sich selbst einbringen, welche zukunftssträchtigen Arbeitsplätze kann es geben? Als eine Art Arbeits-

vermittlung ist das nicht zu verstehen, erklärt sie, "es geht darum, den Blick zu weiten, zu sehen, dass man nicht alleine betroffen ist und sich auch andere Chancen bieten", vor allem auch für junge Menschen.

Die Veränderungen des Strukturwandels in nahezu allen Wirtschaftsbereichen - "die Bedenken der Beschäftigten dabei müssen mit einbezogen werden", sagt Katrin Treffkorn. "Das haben die 90er-Jahre gelehrt." Das Revierwendebüro wurde zu Jahresbeginn eröffnet. "Der Bedarf, darüber zu sprechen, was auf die Lausitz und die Unternehmen zukommt, ist groß." An diesem Freitag ist ein Tag der offenen Tür - ausgebucht mit über 40 Anmeldungen.

Es ist bereits ein Workshop-Programm angelaufen: Welche Handlungsmöglichkeiten hat man als Arbeitnehmer in der Oberlausitz, wie kann man Netzwerke aufbauen, mit anderen Strukturwandelstellen in Kontakt treten, sich weiterqualifizieren? Auch in den Unternehmen sind Schmidt und Treffkorn, um mit Betriebsräten und Mitarbeitern zu sprechen. "Mitarbeiter haben Zukunftsideen für die Betriebe, in denen sie teils schon lange arbeiten."

Wichtiger Baustein des Strukturwandels ist das Deutsche Zentrum für Astrophysik (DZA), das in Görlitz mit einem Forschungs- und Ansiedlungscampus sowie in Rabitz-Rosenthal mit einem Labor im Granit entsteht. Doch feste Lösungen für den Strukturwandel gibt es noch nicht. Das mag Vorteile haben. Doch seien Entscheidungen, welche Vorhaben unterstützt werden, noch zu wenig transparent,

kritisierte etwa Landrat Stephan Meyer kürzlich. Für die Bewertung der kommunalen Ideen ist der Regionale Begleitausschuss, eine der Strukturwandelstellen, zuständig. Einfach sei es nicht, Strukturwandel zu vermitteln, sagen Treffkorn und Schmidt. "Das sorgt auch dafür, dass es bei den Menschen nicht ankommt." Problematisch, wenn man junge Menschen in der Region halten möchte - auch für sie ein Hauptthema. "Es braucht viel Kommunikationsarbeit", so Schmidt.

Nun gelten er und Katrin Treffkorn nicht gerade als Freunde des Kohleabbaus. Strukturwandel und die Klimakrise waren auch im Bundestagswahlkampf 2021 oft Thema, etwa in Podiumsdiskussionen der Direktkandidaten, an denen Marko Schmidt teilnahm. Das letzte Kohlekraftwerk vor 2030 abzuschalten, war dabei trotz der Herausforderungen einer seiner Standpunkte. Er argumentierte eher mit den Chancen, den Wissenschaftlern, die sich um Lösungen bemühten, den Innovationen von Unternehmen, Ideen der Einwohner, die in diesem Strukturwandel doch zumindest mehr Gehör finden können: Die wirtschaftlichen Folgen der politischen Wende in den 90ern trafen auch seine Familie, hatte er damals geschildert.

Als schwierig sieht er es jedenfalls nicht, nun mit Arbeitnehmern in der Kohle mit ihren Zukunftssor-

gen zu sprechen. "Ich sehe da keine "Vorbelastung". Natürlich gibt es unterschiedliche Perspektiven, aber auch Schnittmengen", so Schmidt. Vor zwei Jahren habe er eine Debatte zwischen Jugendlichen von Fridays for Future und jungen Mitarbeitern des Energieunternehmens Leag erlebt. Auch wenn man es nicht vermute, auch da habe es Schnittmengen gegeben. Niemand stelle etwa infrage, was die Energieunternehmen geleistet haben, auch jetzt leisten. Etwa bei der Leag sei die Offenheit für neue Geschäftsfelder groß. "Und in den Unternehmen werden wir von den Arbeitnehmern sehr positiv aufgenommen."

Es gehe um mehr als die Debatte um den Kohleausstieg, sagt Katrin Treffkorn. Sie war an der Hochschule Zittau-Görlitz für das Institut für Transformation, Wohnen und soziale Raumentwicklung tätig. Die Zukunft der Lausitz ist dort ein großes Thema. "Über Jahreszahlen kann man streiten", sagt sie. "Aber Beharrungstendenzen helfen nicht weiter. Gerade wenn man bedenkt, wie frühere Entwicklungen sich bis heute auswirken, wir gehören zum Beispiel zu den tarifvertraglich schwächsten Regionen. Das betrifft letztlich alle."

